

# europarot

Infoblatt der  
Delegation der PDS  
in der Fraktion GUE/NGL  
im Europaparlament

## Zerschlissener Mantel

**Von Hans Modrow, MdEP,  
DDR-Ministerpräsident der  
Wendezeit**

Als ich am 1. Februar 1990 mit der Idee „Deutschland einig Vaterland“, angelehnt an den Text der DDR-Hymne, vor die Öffentlichkeit trat, meinte ich es auch so. Ganz anders als diejenigen, die zehn Jahre später darum zanken, wer auf der Festveranstaltung zum Einheitstag reden soll. Manch einer der Ostdeutschen würde mich gern unter den Festredner sehen, doch danach steht mir nicht der Sinn. Ehrengast in Dresden wird Michail Gorbatschow sein – fernbleiben wird Helmut Kohl.

Mit dem einen, Gorbatschow, hatte ich den Stufenplan zur Vereinigung der beiden souveränen deutschen Staaten im Rahmen des europäischen Prozesses beraten und dessen Zustimmung gefunden. Der andere, Kohl, holte sich ein paar Tage später in Moskau die grundsätzliche Zustimmung für den Verbleib des vereinten Deutschlands in der NATO, womit die USA zufriedengestellt waren ...

Der „Mantel der Geschichte“, den sich Kohl, Genscher und ihre Gönner damals umhängten, ist zerschissen, die Vereinigung ist zum Anschluss verkommen, das Fenster der deutschen Einheit wurde zur Einstiegluke in die Erweiterung der NATO nach Osten. Das größer gewordene Deutschland hat mit der Aggression gegen

Jugoslawien den Krieg wieder zu einem Mittel der Politik gemacht.

Die Befürchtung, die Oder-Neiße-Grenze könnte eine erneute Teilung Europas markieren, hat sich bewahrheitet. Trotz oder gerade wegen der Erweiterungsstrategie der EU, die à la DDR auf Unterwerfung abzielt, entstehen in Osteuropa neue soziale Spannungen, die Haltung des Westens gegenüber Russland erinnert fatal an die Zeiten des kalten Krieges. Nichts spricht dafür, dass aus den Fehlern, die beim Zusammennageln statt Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten gemacht wurden, die richtigen Lehren gezogen wurden. Die Quittung wird nicht ausbleiben, die Konsequenzen werden nicht nur für die künftigen EU-Mitglieder, sondern auch für die Alt-EU-Länder schmerzlich sein.

Die deutsche Einheit ist eine geschichtliche Tatsache und eine historische Herausforderung: Die Deutschen sind aufgerufen, ein friedlicher Nachbar zu sein, nicht Ansprüche an den anderen zu erheben, sondern Partner zu sein für wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden gerade im komplizierten Prozess der Osterweiterung der EU. Deutschland soll nicht Schulmeister sein, sondern Gleicher unter Gleichen, „nicht über und nicht unter andern Völkern wollen wir sein“, heißt es in Brechts Kinderhymne. Das verlangt, im eigenen Land gelebtes Leben zu achten, unterschiedliche Biographien und Identitäten zu respektieren und der politisch-juristischen Hexenjagd abzuschwören. Vielleicht kann es dann doch „Deutschland einig Vaterland“ heißen. ■



▶ Im April dieses Jahres tagte die Fraktion GUE/NGL auf Initiative der PDS-Delegation in Wien, um dort mit Vertretern verschiedener Länder die Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremismus zu erörtern.

## EU-Grundrechtecharta – Eine Chance droht verpasst zu werden

**Sylvia-Yvonne Kaufmann,  
Mitglied des Konvents**

Der Präsidiumsentswurf für eine EU-Grundrechtecharta ist fertig. Im September werden die Mitglieder des 62-köpfigen Konvents abschließend über die insgesamt 52 Artikel beraten. Wer darin fundierte Aussagen für ein soziales Europa erwartet, sieht sich enttäuscht. So wurde aus dem „Recht auf Arbeit“ ein „Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst“ und aus dem „Recht auf Wohnen“, ein „Recht auf eine Wohnungsbeihilfe“. Schon die Präambel des Entwurfs prägen neoliberale Glaubenssätze. So heißt es in Absatz 2: Die Union „stellt durch den freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsver-

kehr eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung sicher.“ Eine Sozialstaatsverpflichtung sucht man vergeblich. Auch ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung fehlt im Präsidiumsentswurf, obwohl sich die eindeutige Mehrheit der Konventsmitglieder dafür ausgesprochen hatte. Eine Fehlstelle, die zu schließen, angesichts der rasanten Entwicklung der EU hin zu einer Militärunion unerlässlich wäre, um dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung auch für die Offiziere und Soldaten der neuen EU-Eingreiftruppe (60000 Mann bis 2002) Geltung zu verschaffen. Bleibt es bei der vorgelegten Fassung, droht eine große Chance für den umfassenden Schutz der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in der EU verpasst zu werden. ■

DAS „SOZIALE EUROPA“ IST MÖGLICH

# Europäische Politik gegen Sozialdumping und für sozialpolitische Konvergenzziele

Von André Brie, MdEP  
und Klaus Dräger

Die Regierungschefs der Europäischen Union streben eine umfassende „Modernisierung des Sozialschutzes“ in Europa an. Nach dem EU-Gipfel von Lissabon im März wurde eine „hochrangige Expertengruppe zum Sozialschutz“ eingesetzt. Diese hat zum EU-Gipfel in Feira einen ersten Zwischenbericht vorgelegt. Darin spricht sie sich immerhin für eine gemeinschaftliche Politik zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut aus. Doch schon bei Renten und Gesundheitsfürsorge lautet die Botschaft: Kosten senken, „Eigenvorsorge“ stärken.

Wer das Ziel eines „sozialen Europa“ ernst nimmt, braucht jedoch eine mutigere Perspektive: die umfassende Erneuerung des europäischen Sozialmodells und die Stärkung der nationalen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten. Im ersten Schritt muss die EU einen neuen institutionellen Mechanismus einführen, um Sozialdumping zu verhindern. Und im zweiten Schritt geht es um eine gemeinschaftliche Politik für sozialpolitische Konvergenzziele.

Der Osnabrücker Politikwissenschaftler Klaus Busch hat für die erste Aufgabe ein Modell von *Sozialpolitik-Korridoren* entwickelt.\* Unsere Grafik zeigt z. B. den Anteil aller Sozialschutzausgaben am Bruttoinlandsprodukt in der EU im Jahr 1997, als Maß für die „Sozialleistungsquote“. Sieht man von extremen Beispielen wie Schweden (Sozialleistungsquote von 33,7 %) und Irland (17,5 %) ab, so ließen sich im wesentlichen drei „Sozialpolitik-Korridore“ bestimmen. Busch's Modell funktioniert denkbar einfach: Fällt die Sozialleistungsquote eines Mitgliedstaates in den Folgejahren gegenüber dem Ausgangswert ab, so käme es zu einem Konsultationsverfahren auf europäischer Ebene. Dort müsste der betroffene Mitgliedstaat einen Maßnahmenplan vorlegen, um die ursprüngliche Sozialleistungsquote wieder herzustellen. Im ersten Schritt würde so zumindest jeder Anpassungsdruck nach unten vermieden.

Im zweiten Schritt könnten Mehrjahresprogramme zur Verbesserung der sozialen Sicherheit verbindlich verabredet und von der EU überwacht werden. Die Soziallei-

stungsquote müsste z. B. mindestens im Gleichklang mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts steigen. Weiterhin könnten die reicheren EU-Staaten durch einen zweckgebundenen europäischen Finanzausgleich dazu beitragen, den Sozialschutz in den ärmeren Staaten zu verbessern – ein Gebot der Solidarität im vereinten Europa.

Drittens könnten quantitative und qualitative Vorgaben z. B. zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes, zum Mindestniveau einer sozialen Grundsicherung, zur Überwindung der Wohnungslosigkeit oder des Analphabetismus vereinbart werden. Selbst die portugiesische Ratspräsident-

schaft hatte bereits vorgeschlagen, durch europaweit koordinierte Maßnahmenprogramme der Mitgliedstaaten die Kinderarmut in Europa bis zum Jahr 2010 zu überwinden. Sozialpolitische Konvergenzziele und Sozialpolitik-Korridore zeigen somit einen gangbaren Weg zum „sozialen Europa“ – ohne langwierige und unrealistische Angleichung der sehr unterschiedlichen nationalstaatlichen Sicherungssysteme. Was der EU derzeit fehlt, ist allein der politische Wille beim Thema „soziale Gerechtigkeit“.

\* Klaus Busch: *Europäische Sozialpolitik Das Korridor-Modell. Vorstudie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Osnabrück 1997*

## Euromärsche mobilisieren nach Nizza

Die Euromarsch-Bewegung mobilisiert für einen „heißen Winter“ zum EU-Gipfel in Nizza. Das Bündnis aus Erwerbsloseninitiativen, Jobbern, Wohnungslosen und kritischen GewerkschafterInnen hat zu den EU-Gipfeln in Amsterdam 1997 und in Köln 1999 jeweils rund 50 000 Menschen auf die Strasse gebracht. Diesmal geht es um soziale Grundrechte im EU-Vertrag, eine EU-Regelung zum sozialen Mindesteinkommen und eine emanzipatorische Beschäftigungspolitik. Verschiedene Aktivitäten werden gemeinsam von Euromärschen, der Initiative ATTAC (Netzwerk zur Regulierung der Finanzmärkte), Dritte-Welt-Gruppen und Flüchtlings- und Migrantenorganisationen getragen.

Die wesentlichen Events:

- ▶ 2./3./4. Dezember, Paris: Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten
- ▶ 4./5./6. Dezember: Karawanen und Märsche der Euromarsch-Bewegung nach Nizza aus allen Ländern Europas
- ▶ 7./8. Dezember, Nizza: Demonstration am 7. Dezember und „Besetzung der Stadt“ am 8. Dezember

Infos im Internet unter <http://www.euromarches.org>

In Deutschland:

Bundeskoordination Euromärsche, c/o IG Medien, Dudenstr. 10, 10965 Berlin  
Tel.: 0221 – 9231196 (Angela Klein), Fax: 0221 – 9231197

Beim PDS-Parteivorstand: Judith Dellheim, Tel.: 030 – 24009408

Europäisches Parlament



Herausgegeben von der PDS-Delegation in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)  
Rue Wiertz, ASP 09 G 218, B-1047 Brüssel, Belgien

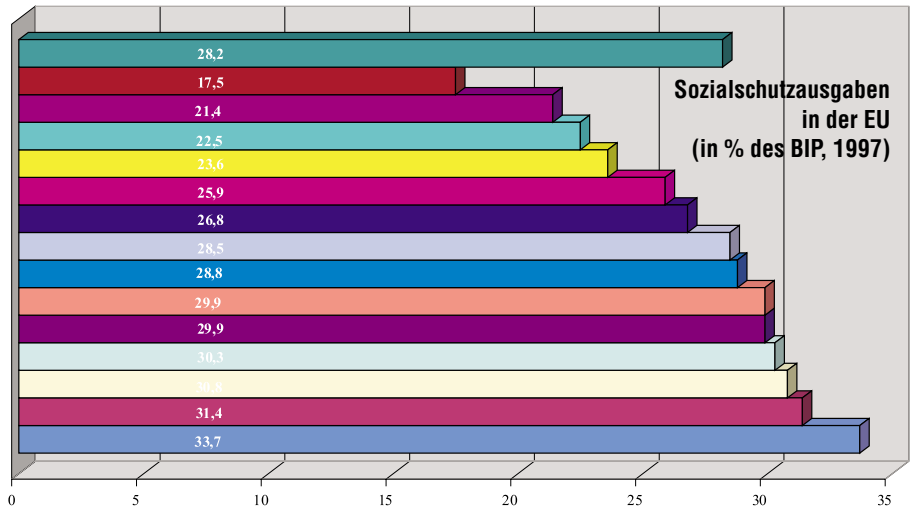
V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Redaktionsschluss: 31. August 2000, Auflage: 43.000  
Satz & Gestaltung: Michael Pickardt, Druck: Druckhaus Schöneeweide

# Welcher Weg für eine moderne Sozialpolitik?

Von Klaus Dräger

Frankreichs Regierung, allen voran Lionel Jospin und seine Sozialministerin Martine Aubry, drängt darauf, die Europäische Sozialpolitische Agenda beim EU-Gipfel in Nizza auf den Weg zu bringen. Dazu hat die Europäische Kommission gesetzgeberische Aktivitäten für den Zeitraum 2000 bis 2005 vorgestellt. Unter wohlklingenden Überschriften wie „Vollbeschäftigung, Qualität der Arbeit, qualitative Sozialpolitik und Sozialpartnerschaft“ fordert sie eine Koordination der Sozialpolitiken der Mitgliedsstaaten, die in einigen ausgewählten Bereichen gemeinschaftsweit organisiert werden soll. Regierungen, Europäisches Parlament, Gewerkschaften und Unternehmerverbände sollen bei der „Modernisierung des Europäischen Sozialmodells“ zusammenarbeiten. In einigen Bereichen könnte so durchaus eine positive Entwicklung eingeleitet werden: Überwindung der Armut, Verhinderung von sozialer Ausgrenzung, eine Antidiskriminierungspolitik zugunsten älterer Menschen, ImmigrantInnen, Behinderter oder von Schwulen und Lesben.

Ansonsten zielt die „Modernisierung des Sozialschutzes“ eher in eine neoliberale Richtung: „Arbeits- und Gesundheitsschutzbestimmungen vereinfachen“, „die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte fördern“, „neue flexible Arbeitsformen unterstützen“, die „langfristige Bezahlbarkeit der Renten im Blick halten“, „freiwillige Mechanismen zur Mediation bei Arbeitskämpfen und industriellen Konflikten anschieben“. Der Tenor geht jedoch in Richtung unternehmerfreundliche Flexibilisierung des Arbeitslebens und der Sozialsysteme. Alle „harten Fragen“ – z.B. gleicher



Lohn für gleichwertige Arbeit, lebensbegleitendes Lernen und berufliche Weiterbildung usw. – werden an Verhandlungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften delegiert. Für das Programm der „sozialpolitischen Agenda“ sollen lediglich bestehende Förderinstrumente „effektiver genutzt“ werden.

Martine Aubry, die im Oktober 2000 die Regierung verlassen wird, fordert hingegen, stärker auf die Rolle des Non-Profit-Sektors und der Sozialwirtschaft einzugehen, die Funktion öffentlicher Dienste im allgemeinen Interesse in der Sozialpolitik sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz stärker herauszustellen und die Vorschläge zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung konkreter zu machen. Ob die französische EU-Präsidentschaft die Kommission und die Regierungen der anderen Mitgliedsstaaten von ihren weitergehenden Vorstellungen überzeugen kann, ist unsicher. Präsident Jacques Chirac ist mehr an den The-

men des Nizza-Gipfels „Reform der EU-Institutionen“ und „Sicherheitspolitik“ interessiert. So werden Gewerkschaften, Sozialinitiativen und europäische Linksparteien durch eigene Aktionen ein politisches Klima schaffen müssen, damit der soziale Fortschritt in Europa nach dem Ministeriumswechsel in Frankreich nicht unter die Räder kommt. ■

- EU-Durchschnitt
- Irland
- Spanien
- Portugal
- Griechenland
- Italien
- Grossbritannien
- Belgien
- Österreich
- Deutschland
- Finnland
- Niederlande
- Frankreich
- Dänemark
- Schweden

*Die Forderungen der europäischen Linken an die französische Ratspräsidentschaft sind Thema einer Klausurtagung der GUE/NGL-Fraktion Ende September in Toulouse. (www.pds-europa.de)*

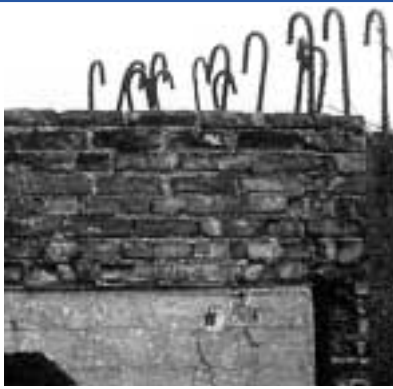
## Probleme der Osterweiterung diskutiert

Von Karin Schüttpelz

In den Verhandlungen über den Beitritt mittel- und ostereuropäischer Staaten zur EU wurden in diesem Jahr erhebliche Fortschritte erreicht. Angesichts der finanziellen Herausforderungen des Erweiterungsprozesses wächst aber auch der Widerstand gegen den raschen Beitritt. Im Oktober wird sich das Europäische Parlament mit diesen Fragen beschäftigen. Vor diesem Hintergrund beriet der erweiterte Vorstand der GUE/NGL-Fraktion auf Initiative

der PDS-Delegation in Budapest mit linken Parteien aus Ungarn, Tschechien, Polen und der Slowakei über die Positionen zum Beitrittsprozess. Die Gäste machten deutlich, dass in ihren Ländern unter großen ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten die von der EU geforderten Voraussetzungen für den Beitritt innerhalb der nächsten 1-2 Jahre geschaffen sein werden. Innerhalb kürzester Zeit wurden die Gesetzgebung angepasst, institutionelle Reformen realisiert, die Marktöffnung vollzogen und die Wirtschaft privatisiert. Die Gäste

baten die GUE/NGL-Fraktion, sich konsequent gegen jegliche Verzögerung des Beitrittsprozesses zu engagieren. Nach den komplizierten Transformationsjahren dürften die Beitrittsländer nicht länger aus dem europäischen Integrationsprozess ausgeschlossen werden. Im ersten Halbjahr 2001 findet ein Folgetreffen mit Vertretern linker Parteien aller Beitrittsländer in Brüssel statt. Im Auftrag der GUE/NGL-Fraktion arbeitet derzeit die Rosa-Luxemburg-Stiftung an einer Studie zu linken Positionen zum Erweiterungsprozess. ■



## Die Mauer muss weg

**Felecnas Uca**

In meiner Heimatstadt Celle (Niedersachsen) gibt es wieder eine Mauer, gebaut um ein Asylbewerberheim, um – so die offizielle Verlautbarung – die BürgerInnen der Stadt zu beschützen. Vor wem? Vor den Menschen hinter der Mauer? Und warum? Weil sie keinen deutschen Pass haben? Richtig, die Zustände in dem Asylbewerberheim sind katastrophal. Dazu trägt nicht nur die seit Jahren ausstehende Sanierung des mit staatlicher Förderung privat betriebenen Wohnheims bei, sondern auch die unzureichende soziale Betreuung der Menschen, das Fehlen von Bildungs- und Freizeitangeboten und das Versagen von nützlicher Arbeit. Anstatt sich wirklich zu kümmern, sah die Stadt tatenlos zu. Durch den von der Stadtverwaltung veranlassten Mauerbau wird das Bild vom dreckigen, faulenzenden und kriminellen Ausländer, vor dem man die Einheimischen schützen müsse, in gefährlicher Weise zementiert. Und dabei sind viele in dem Heim lebenden Menschen vor drohender Folter und Verfolgung aus ihrem Heimatland geflohen und werden jetzt eingesperrt und bewacht wie Gefangene. Anstatt endlich dafür zu sorgen, dass die hier lebenden Menschen das gegenseitige Fremdsein überwinden, in Begegnungsstätten die jeweils andere Kultur erleben und Vorbehalte abbauen können, setzt man auf Abschottung. Damit wird das Problem nicht gelöst. Ich hoffe, dass endlich doch die Vernunft siegt und gemeinsam nach wirkungsvollen Maßnahmen gesucht wird. Auch Mauern kann man abreißen, man muss es nur wollen.

## Rechtsextremismus wirklich bekämpfen

**Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP**

Im Sommer 2000 hat die Politik mit „Entsetzen“ auf zunehmende ausländerfeindliche Aktivitäten reagiert. Rufe nach einem Verbot der NPD wurden laut. Doch dies allein wird nicht dazu führen, diesen gefährlichen Tendenzen wirksam begegnen zu können. Zu tief sitzt die alltägliche Ausländerfeindlichkeit, zu viele Jahre hat die Politik das Problem „übersehen“. Mittels gezielter Kampagnen der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oder „Kinder statt Inder“, durch aberwitzige Debatten über „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder die verheerenden Äußerungen des Innenministers Schily zum Grundrecht auf Asyl wurden entsprechende Stammtischparolen sogar zugespitzt. Damit muss jetzt endgültig Schluss sein. Die Politik ist gefordert, endlich konkret zu handeln und insbesondere die Rechte von Menschen, die keinen deutschen Pass haben und bei uns leben, mit westeuropäischen Zivilisationsstandards in Einklang zu bringen.

Es geht u.a. um die sofortige Abschaffung der Ausländergesetze, die Aufhebung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge, die Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien, die Aufhebung der totalen Abschottung der EU-Außengrenzen, die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl,

die Abschaffung des Flughafenverfahrens und des Sachleistungsprinzips im Asylbewerberleistungsgesetz, die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts, die dem Territorialprinzip uneingeschränkt Geltung verschafft, doppelte Staatsbürgerschaft akzeptiert und Einbürgerung wesentlich erleichtert. Notwendig ist auch die Legalisierung illegalisierter Flüchtlinge in der Bundesrepublik, wie sie auch in Frankreich, Spanien und Belgien debattiert wurde.

Antifaschistische und demokratische Initiativen sollten finanziell besonders gefördert und die Bürgerinnen und Bürger gezielt für staatsbürgerliches Engagement gegen Rechts ermutigt werden. Vereine zur Betreuung von Opfern rechtsextremer Gewalt bedürfen dringend staatlicher Förderung, wissenschaftlichen Institutionen hingegen, die Geschichtsrevisionisten und Negationisten ein Forum bieten, sollte sie entzogen werden. Erforderlich ist, eine demokratische antifaschistische Jugendkultur zu fördern und Informations- und Dokumentationszentren zu rechtsextremer Ideologie und neuer Rechte aufzubauen. Die Erhaltung antifaschistischer Mahn- und Gedenkstätten darf nicht länger vernachlässigt werden und die Entschädigung von Opfern nationalsozialistischer Gewalt in Europa muss schnell und unbürokratisch erfolgen. ■

## Agrarhaushalt nicht hinnehmbar

**Christel Fiebiger, MdEP**

Ende August wurde der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments darüber informiert, dass im Haushaltsplan 2001 Kürzungen in diesem Bereich von 1 Milliarde Euro vorgesehen sind. 340 Mio Euro soll es weniger für die Sicherung der Gemeinschaftsaufgabe geben, insbesondere die Kulturen Getreide, Zucker, Tabak, Flachs, Reis und Hanf betreffend, 225 Mio Euro weniger für die ländliche Entwicklung, 550 Mio weniger resultieren aus den Eukursberechnungen. Diese Entwicklung wird unsere Fraktion nicht hinnehmen und sieht sich darin einig mit dem Agrarausschuss. Schon heute liegen die Einkommen der Landwirte in einer Reihe von Regionen in Europa weit unter denen anderer Wirtschaftsbereiche. Deshalb fordern wir von der Kommission, endlich ei-

ne Debatte über andere Möglichkeiten von Ernte- und Einkommensversicherungen einzuleiten. Wer die Osterweiterung wirklich will, darf vor allem in diesem Bereich keine weiteren Kürzungen hinnehmen. Die Landwirte und Genossenschaften erwarten zu Recht, dass die Agrarwirtschaft entbürokratisiert wird und solche haushaltspolitischen Leitlinien verabschiedet werden, die auf Kalkulierbarkeit, Verlässlichkeit und fortschrittliche Strukturen ausgerichtet sind. Mit den Berliner Beschlüssen wurde eine Agrarpolitik bis zum Jahre 2006 festgeschrieben, die mit dem Berufsstand, der Ernährungswirtschaft und der Politik schwer erstritten wurde. Die jetzt vorgesehenen drastischen Einschnitte beruhen nicht auf neuen Zahlen und Fakten, sondern auf einer Verkennerung der Bedeutung des Agrarbereiches für die europäische Entwicklung. ■